GSP.D-01-186

Kapitel 5: Demokratie stärken

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 185 bis 187 einfügen:
sprechen, exekutive, behördliche oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu korrigieren. Es braucht eine Anwaltschaft, die als Organ der Rechtspflege respektiert, deren Vertrauensverhältnis zu ihren Mandanten gewahrt und deren freie Berufsausübung gewährleistet wird. Vertrauen in den Rechtsstaat setzt wirksame Rechtsdurchsetzung für alle voraus.

Begründung

Nicht nur im Ausland, auch in Deutschland gerät die Anwaltschaft als unverzichtbare Säule des Rechtsstaats unter Druck. Angriffe aus der Politik gegen Anwälte ("Anti-Abschiebe-Industrie", Alexander Dobrindt) diskreditieren die Aufgabe von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die Interessen ihrer Mandanten zu vertreten. In einem gesellschaftlich aufgeheizten Klima werden Anwältinnen und Anwälte auch zu Opfern von Bedrohungen. Indem die Rechtsanwaltsvergütungen seit Jahren nicht an die steigenden Kosten angepasst wurden, wird gerade den Anwältinnen und Anwälten in der Fläche die ökonomische Grundlage entzogen, der gleiche Zugang zum Recht immer prekärer. Auch der Schutz der Vertraulichkeit zwischen Anwältinnen und Anwälten und ihren Mandanten wird immer stärker in Frage gestellt. Ein Rechtsstaat ohne freie Anwaltschaft kann jedoch nicht funktionieren. Nicht nur die unabhängige Justiz, sondern auch die parteiische Anwaltschaft ist dafür elementar. Anders als die Justiz hat sie aber in der Parteienlandschaft viel weniger Unterstützung. Für eine vollständige Beschreibung unseres grünen Verständnisses vom Rechtsstaat ist das Bekenntnis zur Anwaltschaft daher unerlässlich.

weitere Antragsteller*innen

Katja Keul (KV Nienburg); Ulrich Gensch (KV München); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Katharina von Platen (KV Weilheim-Schongau); Felix Erbe (KV Roth); Simon Stromer (KV München-Land); Gabriele Redlbacher (KV München-Land); Maria Wißmiller (KV München); Susanne Herrmann (KV München); Tim Höfler (KV Aschaffenburg-Land); Lukasz Batruch (KV Berlin-Pankow); Juliana Wimmer (KV Berlin-Mitte); Matthias Laage (KV München); Karl-Heinz Hage (KV Berlin-Steglitz/ Zehlendorf); Yvonne Strecker (KV Aichach-Friedberg); Esra Celebi (KV Berlin-Mitte); Lara Liese (KV Berlin-Mitte); Jan Fährmann (KV Berlin-Lichtenberg); Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte)